

BEBAUUNGSPLAN DER ORTSGEMEINDE SCHLOSSBÖCKELHEIM

FÜR DAS TEILGEBIET AUF DER SCHINDKAUL⁰⁰ FLUR 5 - M. 1:1000

Rechtsgrundlagen:

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253) (insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, R. 9, 10 und 30).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO-Baunutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763), geändert durch Änderungsverordnung vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2665).

Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 10.12.1986 (GVBl. S. 307).

Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen über die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1981 - PlanZVO 81 vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833).

§ 17 des Landesgesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Landespflegegesetz - LPfLG -) in der Fassung vom 05.02.1979 (GVBl. S. 37).

§ 50 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) vom 15.03.1974 (BGBl. I S. 721, ber. S. 1193) zul. geändert durch Artikel 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes vom 04.03.1982 (BGBl. I S. 281), 2. Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 04.10.1985 (BGBl. I S. 1950).

Textfestsetzungen:

1 a) Fläche für Gemeinbedarf (§ 9 (1) 5 BauGB)

Das Teilgebiet ist Gemeinbedarfsfläche (Turnhalle und Dorfgemeinschaftshaus) mit den dazugehörigen zweckgebundenen Nebenanlagen.

b) öffentliche Grünfläche "Tennisplätze" (§ 9 (1) 15 BauGB)

Das Teilgebiet ist öffentliche Grünfläche zur Errichtung von 2 Tennisplätzen. Die Lage der Tennisplätze ist dem vorhandenen Gelände anzupassen. Die erforderlichen Böschungen sind möglichst gering zu halten. Die in der Planurkunde dargestellten Standorte sind nur vorgeschlagen. Nebenanlagen sind nur auf den dafür vorgesehenen überbaubaren Flächen bis zu einer Grundfläche von max. 12 m² zulässig.

c) Zäune (Ballfangzäune) sind auf den nicht überbaubaren Flächen zulässig.

2. Pflanzgebot (§ 9 (1) 25 a und b BauGB)

Die im Bebauungsplan mit einem Pflanzgebot gekennzeichneten Flächen sind mit heimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Auf den nicht bebauten Grundstücksflächen sind an geeigneter Stelle Laubbäume I. und II. Ordnung in Gruppen oder auch als Einzelbäume anzupflanzen; die bestehende Bepflanzung ist zu erhalten bzw. zu ergänzen. Die Bepflanzung ist im Sinne des § 9 (1) 24 BauGB als Immissionsschutzpflanzung auszuführen.

3. §§ 9 (1) 10 und 9 (1) 11 BauGB


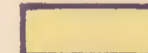

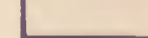


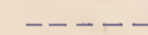


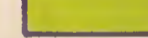




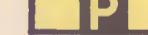


Die schraffiert dargestellten nicht überbaubaren Grundstücksflächen zur Kreisstraße 57 sind Schutzflächen (Abstandsflächen gem. § 22 Landesstraßengesetz); sie sind von jeglicher Bebauung freizuhalten.

Innerhalb der Sichtwinkel dürfen Einfriedigungen und Anpflanzungen eine Höhe von 0,80 m nicht überschreiten. Einfriedigungen sind als lebende Hecken auszuführen. Direkte Zugänge und Zufahrten von der K 57 aus, sowie im Bereich der Straßeneinmündungsradien sind unzulässig.

HINWEIS: Potentiell grundwasserverunreinigende Tennisplatzbeläge sind unzulässig.

Erd- und Bauarbeiten sind gem. § 21 Abs. 2 des Dsch PfLG rechtzeitig anzuzeigen. Funde müssen unverzüglich gemeldet werden (§ 17 Dsch PfLG).

Planzeichen

	Scharze Linien: Kartierung		Straßenverkehrsflächen
	Straßenbegrenzungslinien		Nicht überbaubare Grundstücksflächen
	Baugrenzen		Sichtflächen
	Bürgersteige		Flächen für Gemeinbedarf
	Grenze des räuml. Geltungsbereiches		Öffentliche Grünfläche
	Böschung		Pflanzgebot, Bäume
	Flurgrenze		Überbaubare Grundstücksflächen
	Öffentliche Parkfläche		Abstandsflächen gem. § 22 Landestraßengesetz
	Immissionsschutzpflanzung		



AUFSTELLUNGSBESCHLUSS VOM 29. APR. 87
DER ORTSBÜRGERMEISTER



DER BEBAUUNGSPLAN HAT NACH BESCHLUSS
DURCH DEN ORTSGEMEINDRAT VOM 28. MRZ. 88
IM DER ZEIT VOM 18. APR. 88 BIS EINSCHL.
18. MAI 88 NACH § 3 BauGB AUSGELEGEN
DER ORTSBÜRGERMEISTER



DER BEBAUUNGSPLAN WURDE GEMÄSS § 10 DES
BAUGESETZBUCHES AM 30. JUNI 88
VOM ORTSGEMEINDERAT ALS SATZUNG BESCHLOSSEN
DER ORTSBÜRGERMEISTER



IN KRAFT GETRETEN
MIT BEKANNTMACHUNG VOM

12.01.1989

GEHÖRT ZUM BESCHIED VOM 29. NOV. 88

Az.: 6/60-610-13/917

GEGEN DIE SATZUNG WERDEN KEINE
BEDENKEN WEGEN RECHTSVERLETZUNG
I. S. V. § 11 (3) BauGB GELTEND
GEMACHT:

KREISVERWALTUNG BAD KREUZNACH

I. V.
Meiborg
Ltd. Kreisrechtsdirektor

